

GEIST UND MACHT - EIN DEUTSCHES INDIANERSPIEL? ÜBER DAS VERHÄLTNISS VON LITERATUR UND POLITIK IN DEUTSCHLAND

"Goethe und Bismarck" überschrieb der Historiker Erich Marcks seinen Festvortrag, den er im Juli 1911 vor der Goethe-Gesellschaft in Weimar hielt. In seinen hochgestimmten Ausführungen gelangte er zu dem Schluß:

"Es ist ganz wahr: innerhalb des neuen Deutschlands bezeichnete Bismarck, unmittelbar genommen zu Goethe, den Gegenpol. Alles, was Goethe nicht war und nicht wollte, trat hier schöpferisch vor. Der Nordosten gegen den Südwesten."

Mit schönem patriotischen Stolz erhob er Goethe und Bismarck gleichsam zu Dioskuren, die sich der Nachwelt als ein nationales Bildungsgut präsentierten. Er formulierte:

"Wirklichkeit, die sie waren, Unvergänglichkeit, die sie uns geworden sind: möchten sie es unserem Volke wahrhaft werden; ein jeder für sich und beide in höherer Einheit."

Was diesen Vortrag auch heute noch erwähnenswert macht, ergibt sich nicht aus seiner Originalität, sondern aus seiner Traditionalität. Zu bedenken gibt nicht die unbekümmerte Ineinssetzung von Autor und Werk, auch nicht der Verzicht auf eine historische Differenzierung zwischen den Leistungen. Zu bedenken ist vielmehr die Dichotomie von Idealismus und Realismus, von Poesie und Politik, kurzum die als unüberwindbar geltende Entgegensetzung von Geist und Macht.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Der Bismarckbiograph war sich des Gegenstands seiner Bewunderung wohl bewußt. Wenn es um das Alltagsleben ging, so war für ihn selbstverständlich, auf welcher Seite "man" zu stehen hatte. Doch wo es um die Klärung ideeller Belange ging, vertraute auch er auf die alle und alles versöhnende "höhere Einheit" der Antinomien, die ihm auf Erden nicht erreichbar zu sein schien.

Wie immer dem sei, unbestreitbar ist, daß das Verhältnis von Literatur und Politik in Deutschland meistens von Rivalitäten, oft von explosiven Animositäten belastet war (und vielleicht auch heute noch belastet ist), geprägt von wechselseitigen Verkennungen und Verdächtigungen, von übertriebenen Geltungsansprüchen und kleinmütiger Empfindlichkeit.

Wenn wir den Versuch unternehmen, das spannungsvolle Wechselverhältnis von Geist und Macht, von Literatur und Politik in Deutschland nachzuzeichnen, so soll und kann, der Bedeutung unseres Themas entsprechend, auf eine historische Spurensicherung nicht vollständig verzichtet werden. Doch liegt der Schwerpunkt meiner Erörterung auf der Bewertung der Konstellation, wie sie sich für die Gegenwart als Problem darstellt. Ästhetische und poetologische Wertungen sollen dabei den Philologen und Philosophen überlassen bleiben. Die Leitfrage, die uns hier besonders interessiert, bezieht sich auf den mittelbaren oder unmittelbaren politischen Einfluß der Literatur auf die Politik. Exakt zu messen sind derartige Einflüsse natürlich nicht, aber sie lassen sich abschätzen, und es lassen sich Kalkulationen und Spekulationen über die Konsequenzen anstellen, die sich mit den politischen Positionen und Proklamationen der Schriftsteller verbinden; und dies ist zumal dann erforderlich, wenn sich die poetischen Texte vor der Öffentlichkeit tatsächlich als parteipolitische Bekenntnisschriften zu erkennen geben. Dies geschah und geschieht nicht selten.

Viele Schriftsteller in unserem Lande haben sich auf eine Politisierung eingelassen, die in den 70er und 80er Jahren eskalierte: Dem Vorwurf, wonach die "Bombenrichter zugeschüttet, aber über ihnen (...) wieder die Banken des Kapitals" errichtet werden (Peter Schneider), steht die dubiose Behauptung gegenüber, daß "im Produktionsindex das höchste Glück der Erdenkinder" liege (Hans Magnus Enzensberger), "die Chance zum Neubeginn (hingegen) verpaßt" worden sei. Günter Herburger spricht vom "kapitalistischen Ständestaat", in dem "Zerrissenheit in Überheblichkeit und Ohnmacht, in Willkür und Abhängigkeit" auf der Tagesordnung stehen. Solche zum Ritual erstarrten Diskreditierungen ließen sich beliebig weiter auflisten. Doch das kann nicht weiterführen.

Ich brauche mich zu dieser Genese nicht en detail zu äußern. Bernd Witte hat dies unlängst in einer eindrucksvollen Studie "Von der Trümmerlyrik zur neuen Subjektivität" besorgt, so daß ich mich mit flüchtigen Verweisen bescheiden kann. Es kann hier auch nicht darum gehen, das im einzelnen aufzulisten und zu bewerten, was seinerzeit von Intellektuellen an politischen Losungen zur mutmaßlichen "Revolutionierung" des sogenannten "bürgerlichen" Lebens ausgegeben wurde und mit welchen

gipfelstürmerischen Manifesten man daran ging, die "politische Alphabetisierung" Deutschlands zu betreiben.

Wo sich die Intellektuellen weiterhin in fragwürdiger, naiver Einmütigkeit dazu bekennen, daß die deutsche Sprache über Mauer und Stacheldrahtverhaue hinweg "eine deutsche Literatur" verbürge, ist es eine Selbstverständlichkeit, statt von der politischen Einheit Deutschlands von der Einheit der Kulturnation zu reden. Was alles damit verschleiert wird - ideologische Unterwerfung, Gesinnungsteror, Entrechtung des Individuums im Honecker-Staat -, fällt nicht ins Gewicht.

Tatsächlich gerät bei den linken Intellektuellen in einen Ideologieverdacht, wer die deutsche Zwei-staatlichkeit anfight. Martin Walser vermag hierfür Zeugnis zu geben.

Zu welchem Ergebnis die - nur scheinbar wirkungsmächtige - Verstrickung des Geistes in die Macht hinführt, wird offenkundig angesichts der säkularen Situation der deutschen Wiedervereinigung.

Geschwiegen haben die Literaten keineswegs, nur: Ihre Äußerungen finden keine Resonanz, weil sie durchdrungen waren und durchdrungen sind von Bedenken und Befürchtungen, die quer lagen zu den Hoffnungen und Erwartungen der Menschen in beiden Teilen Deutschlands. Damit wird übrigens auch verständlich, warum die Avantgarde der Massendemonstrationen in der DDR des Herbstes 1989 bei der politischen Erneuerung keine dauerhafte Rolle spielen konnte. Die Intellektuellen waren mehrheitlich Anhänger einer zwar erneuerungsbedürftigen, aber eigenständigen DDR. Das Festhalten an dieser Position trotz des bei Demonstrationen eindeutig erkennbaren Willens der Bevölkerung nach Einheit bewirkte eine sozusagen politische Selbstmarginalisierung, die bei den Volkskammerwahlen, auch bei der ersten und zweiten gesamtdeutschen Bundestagswahl für diese Gruppierung katastrophale Ergebnisse zeigte.

Daß die Literaten sich auf ihre Fähigkeit der kulturellen Gestaltung wie auch ihrer Verantwortung zurückbesinnen, daran muß allen gelegen sein. Eine pluralistische Demokratie kann nicht auf die den Intellektuellen eigene Originalität des Denkens, auf ihre humanisierende Kreativität, auf die Vielfalt der Perspektiven verzichten.

Heute - fünf Jahre nach der Wiedervereinigung - stehen die Konstellationen zu einer geistigen Herstellung der deutschen Einheit nicht schlecht. Je mehr sich die politische Agitation der Intellektuellen im Westen als Selbstüberforderung erwies, desto mehr vollzog sich eine geistige Rückbesinnung. Von Walter Jens und Günter Grass einmal abzusehen verabschiedete sich die utopische Euphorie, in der sich alles "Bürgerliche" als Schreckgespenst des heillos Gestrigen darstellte.

Volker von Törne mahnt bei den Schriftstellern eine Rückbesinnung an, die neben der Skepsis gegenüber einer fraglos beanspruchten politischen Kompetenz die Wiedergewinnung des Poetischen in der Literatur zum Ziel hatte; unter dem Titel "Beim Lesen neuer Gedichte" vermerkte er:

"Wenn ich manche eurer neuen Gedichte lese
Staune ich ehrlich wie euch euer Klein
Kram zu seitenlanger Poesie gerinnt. Also
Ich will ja nicht so weit gehn wie
Kenneth Koch (...) der
Einige seiner Kollegen am liebsten
Erwürgen würde, aber wie wärs
Wenn ihr mal ne Zeitlang
Die Luft anhieltet?"

Spuren einer Normalisierung im Sinne einer Versachlichung zeichnen sich ab. Zwar besteht bei Teilen der Schriftsteller ein reformerischer Unbedingtheitsanspruch fort, der sich - in einer Kombination von schriftstellerischer Verbalisierung und mittelbarer politischer Aktivität - in demonstrativer Parteilichkeit zur Geltung bringt. Neben diesen literarischen Ausdrucksformen, die entweder von moralischem Rigorismus geprägt sind oder sich in Endzeitvision ergehen, werden unter der Losung der "Neuen Subjektivität" und "Neuen Sensibilität" neue Wege zu einer geistigen Neuorientierung beschritten.

Ralf Schnell spricht in seiner Geschichte der "Literatur der Bundesrepublik" hinsichtlich dieser Tendenzwende von einem nunmehr gestillten "Erfahrungshunger" der Intellektuellen.

Rolf Michaelis hat diese neue Bewegung der neuen Literatur so beschrieben:

"Es wird geträumt - aber mit offenen Augen. Nach so viel Make-up während der letzten euphorischen Jahre, jetzt eine Literatur des Make-off, des Abschminkens, der Anerkennung der Realitäten auch im Gedicht."

Was sich hier abzeichnet, deutet darauf hin, daß sich die Literatur zum Dialogpartner der Politik ausbildet.

Was hier zur Sprache gebracht wird, sind die elementaren Erfahrungen des Ichs, sind Schmerz, Trauer, Verzweiflung und sind ebenso die Faszination, die von einem erfüllten Leben ausgehen. Dem Pragmatismus der Politik mit ihrer Orientierung an gesamtgesellschaftlichen Interessen oder an den speziellen Interessen der sogenannten gesellschaftlich relevanten Gruppen setzt der Schriftsteller als Intellektueller im Namen der "Neuen Subjektivität" den Geltungsanspruch des eigenen Ichs mit den eigenen Problemen, den privaten Erlebnissen, den individuellen Erfahrungen des Alltags entgegen. Die schriftstellerische Wirkungsmacht erweist sich hier, so steht zu hoffen, als Korrektiv der Politik von Parlament und Parteien. Dies ist jedenfalls dann der Fall, wenn das poetische Ich weiterhin darauf besteht, als normative Instanz im Kontext politischen Handelns in der Demokratie Berücksichtigung und Anerkennung zu finden. Die Renaissance des Poetischen in der Literatur, des Literarischen in der Poesie, die auf eine Normalisierung der Verhältnisse zwischen Intellektuellen und Politik zusteuert, ist eine überaus begrüßenswerte Entwicklung.

Auf die kritischen Beiträge der Intellektuellen aus Ost und West wird die deutsche Demokratie dann nicht mehr verzichten können. So sehr die Politik auf den Konsens abgestellt ist, so sehr bedarf sie einer Literatur, die das vermeintlich Selbstverständliche in fördernder Absicht immer wieder in Frage stellt.

In meiner optimistischen Einschätzung über das sich normalisierende Verhältnis zwischen Politik und Literatur fühle ich mich bestärkt durch Hans Magnus Enzensberger. Er schrieb unter dem Titel "Macht und Geist: Ein deutsches Indianerspiel":

"Eines steht allerdings fest: Die alte Wut ist verflogen. Der Augenblick, an dem die beiden Clans ihr Kriegsbeil begraben und einander in die Arme sinken werden, ist absehbar. "Geist und Macht" - das wird dann nur noch der Titel eines alten Western sein, der nicht mehr in der Wirklichkeit, sondern nur noch im Fernsehen stattfindet."

Ich möchte jetzt einige Behauptungen aufstellen, die sich mit der Krise beschäftigen, in der die Intellektuellen in ihrem Verhältnis zur Politik zu stecken scheinen.

1. Alle Generalaussagen über die Intellektuellen und die staatliche Macht sind doppelt falsch. Einerseits falsch, weil Intellektuelle stets damit beschäftigt waren, legitimierende Argumentationsmuster für die staatliche Macht wie auch zu ihrer Kritik zu entwickeln. Andererseits falsch, weil der Terminus "staatliche Macht" die Legitimitätsdifferenz z.B. zwischen einem parlamentarischen Regierungssystem und einer totalitären Diktatur ausblendet.

2. Mit dem französischen Intellektuellen und Intellektuellenkritiker Julien Benda, auch wenn er sich nicht immer daran gehalten hat, glaube ich, daß Freiheits-, Bürger- und Menschenrechte sowie die Gebote der Wahrheit und Vernunft die Ideen sind, die die Tätigkeit der Intellektuellen bei ihrer politischen Kritik leiten sollten. Jede Blindheit bei Verletzungen dieser grundlegenden Rechte ist ein Verrat der Intellektuellen an ihrer kritischen Funktion, die für eine Demokratie unverzichtbar ist.

3. Die Implosion der kommunistischen Strukturen und das Verschwinden der sozialistischen Utopie haben viele Intellektuelle um ihre geistige Verwurzelung gebracht. Sie nehmen ihre Zuflucht zum aggressiven oder resignativen Schweigen. Die frühere Bereitschaft zum Engagement wird so rückwärtend desavouiert.

4. Dies wird besonders deutlich bei der früheren Friedensbewegung, die ihre demonstrativen und polemischen Kräfte anhand einer von ihr wahrgenommenen Kriegsgefahr entfaltete, aber zu wirklich stattfindenden Kriegen wie dem am Golf oder dem in Bosnien auffallend schweigt. Auch das ist ein Verrat der Intellektuellen, der eine Quelle für die Krise der Intellektuellen ist.

5. Wenn es eine Krise der Intellektuellen gibt, dann ist es besonders eine Krise der deutschen Intellektuellen. Denn zum Abhandenkommen der sozialistischen Utopie kommt in Deutschland die von der

Mehrheit der Intellektuellen nicht vorhergesehene und auch nicht gewollte Überwindung der deutschen Teilung. Mit der Mehrheit der Intellektuellen meine ich nicht nur die staatlich alimentierten Intellektuellen in der alten Bundesrepublik, die die Friedenspropaganda der DDR ernster nahmen als die Verletzung der elementaren Menschen- und Bürgerrechte durch das Ostberliner Regime. Welche Tragik, daß gerade der Friedensmythos der DDR endgültig vernichtet wurde, als 1993 bekannt wurde, daß Ostberlin in Moskau 1981 intervenierte und die Sowjetunion zum militärischen Eingreifen ins polnische Bruderland aufforderte.

6. Die Intellektuellen in Deutschland erscheinen besonders realitätsresistent im Vergleich z.B. zu ihren französischen Kollegen zu sein. In Frankreich waren es vor allem drei nichtfranzösische Ereignisse, die die Konversion der anarchistischen Linken des Jahres 1968 zu antitotalitären Demokraten ausgelöst haben: Der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in Prag, das Scheitern der chinesischen Kulturrevolution und die Veröffentlichung von Alexander Solschenyzins Archipel Gulag. Es bleibt eine aufregende Frage, warum diese Ereignisse in Deutschland keine vergleichbare Auswirkung auf die intellektuelle Szene gehabt haben.

7. Der französische Philosoph Michel Foucault träumte - vor der Implosion des Kommunismus - von dem Intellektuellen, der seinen Verzicht auf seine alte prophetische Funktion erklärt. Stattdessen soll er die bescheidene neue Aufgabe übernehmen, alles anscheinend Evidente in Frage zu stellen, die Schwachpunkte in den festgefahrenen Strukturen und Zwängen der Gegenwart aufdecken, die Widersprüche zwischen Worten und Taten herausarbeiten. Diesem Foucault'schen Traum schließe ich mich an.

8. Die Substitution der abhandengekommenen Utopie des Sozialismus durch die Unausweichlichkeit der ökologischen Apokalypse ist unzureichend. Eine durch die Wirklichkeit widerlegte Utopie als positiver Entwurf läßt sich nicht durch eine negative Prophetie ersetzen, weil ihr alle Elemente einer Massenwirksamkeit fehlen. Überzeugungs- und Überredungskraft gewinnt ein Projekt nur durch Angebote zur Verbesserung der Situation. Die Arbeit an einer Ersatzutopie hat also noch nicht einmal begonnen.

9. Bei der Arbeit an einem neuen Utopieprojekt, wenn es denn nötig ist, empfehle ich dringend, mehr auf die Sprache zu achten. Die Hoch-Zeit der Totschlagevokabeln ist vorbei. Demilitarisierung benötigt auch die Sprache der politischen Auseinandersetzung. Schon der häufige Rekurs des hochideologisierten Sprachgebrauchs im Marxismus auf militärische Metaphern hat dessen Humanismusparolen Lügen gestraft. Nötig ist eine Sprache, die auch als Sprache ernst macht mit ihrem Anspruch, Menschen zur Verständigung zu dienen.

10. Ihre Krise werden die Intellektuellen nur überwinden, wenn sie ihren manifesten Herdentrieb aufgeben. Der Wunsch nach Übereinstimmung mit dem von ihnen wahrgenommenen main stream des intellektuellen Diskurses mag psychologisch ebenso verständlich sein wie ihr unbedingter Wille zur Reinheit der Argumentation. Für die Öffentlichkeit ist es ermüdend, immer die gleichen Namen auf Unterschriftenlisten gegen was auch immer zu finden. Intellektuelle tun gut daran, auch einmal für Überraschungen zu sorgen. Wenn der Einfluß der Intellektuellen auf die politische Macht in Frankreich z.B. größer zu sein scheint als in Deutschland, so hängt dies sicherlich auch damit zusammen, daß französische Intellektuelle unberechenbarer sind bei politischen Stellungnahmen als ihre deutschen Kollegen. Und, damit darf ich schließen, nichts ist langweiliger als Dogmatismus. Aus der Krise kommen die Intellektuellen dann, wenn sie wieder interessanter werden - auch für die "politische Macht", sei es als intellektuelle Ideenspender, sei es als Kritiker.

Wolfgang Bergsdorf

Der Autor

Wolfgang Bergsdorf wurde 1941 geboren. Er studierte Politische Wissenschaften, Soziologie und Psychologie in Bonn und Köln, Promotion 1970, Habilitation 1982, apl. Professor für politische Wissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Seit 1993 ist Wolfgang Bergsdorf Leiter der Kulturabteilung des Bundesministerium des Innern, Mitherausgeber des Rheinischen Merkur. Theodor-Eschenburg-Preis 1984.

Publikationen (Auswahl):

Über die Macht der Kultur - Kommunikation als Gebot der Politik, Stuttgart 1988

Literatur und Politik in Deutschland, Bonn 1992

Deutschland im Streß, Stuttgart 1993

Dieser und der folgende Beitrag wurden als Vortrag gehalten auf dem Symposium "Geist und Macht", das im Juni innerhalb des "Kissinger Sommer" in Bad Kissingen stattfand. VIA REGIA veröffentlicht im nächsten Heft weitere Beiträge dazu.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation Heft 28/29 1995,*
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>